

RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 07.06.2018

Zu Punkt 5

Bericht zur aktuellen Situation in der Bürgerberatung

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 6415/2014-2020
6821/2014-2020
6849/2014-2020

Herr Henrichsmeier (CDU-Fraktion) setzt sich dafür ein, die Öffnungszeiten der Filialen der Bürgerberatung in den Außenbezirken um mehr als die vorgeschlagenen zwei Stunden zu erhöhen, da die vorgeschlagene Erweiterung seines Erachtens nicht ausreiche. Die von der Verwaltung vorgenommene Kürzung der Öffnungszeiten verursache zudem mehr Verkehr, da viele Bürgerinnen und Bürger zu anderen Bürgerberatungen fahren würden. Angesichts der Bestrebungen, den Bürgerinnen und Bürgern kurze Wege zu ermöglichen, werde hier ein falsches Signal gesetzt. Insbesondere für die älteren Menschen, die Mütter mit Kind und die behinderten Menschen wäre eine Anlaufstelle vor Ort sehr wichtig. Zwar werde die Digitalisierung weiter fortschreiten und könne die Verwaltung entlasten, jedoch müsse auch mit einer verstärkten Bürokratisierung gerechnet werden. Die CDU-Fraktion werde sich dem vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke anschließen. Der Vorschlag der FDP-Gruppe sollte von der Verwaltung hinsichtlich seiner Machbarkeit geprüft werden.

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Gruppe begründet den nachfolgenden Antrag ihrer Gruppe:

- „1. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept für einen Kurierservice der Bürgerberatung, mit dem Ziel, dass, anstatt beantragte Ausweisdokumente selbst abholen zu müssen, Bürgerinnen und Bürger die Zustellung per Fahrradkurier beauftragen können.
2. In einem vorher möglichst eng umrissenen Zeitraum sucht der Kurierservice die Bürgerinnen und Bürger zu Hause oder einer anderen Adresse (z.B. Arbeitsstelle) in Bielefeld auf. Sollte kein Austausch von Altdokumenten notwendig sein, kann auch eine Zustellung per Briefkasteneinwurf beauftragt werden. Altdokumente nimmt der Kurierdienst entgegen.
3. Die Leistung soll unter privaten Fahrradkurieren ausgeschrieben werden. Die Kosten sollen per pauschale Gebühr gedeckt werden. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen Bürgerin/Bürger und Kurierdienst.“

Sie kritisiert, dass ihrem Vorschlag, mit Hilfe von externen IT-Experten schnellere Lösungen für Onlinenangebote zu erarbeiten, nicht gefolgt worden sei und spricht sich dafür aus, die Öffnungszeiten in Abhängigkeit von der Erweiterung der Onlineangebote zu kürzen. Wenn die Onlineangebote verbessert und die Möglichkeiten der Terminvergabe immer mehr

genutzt würden, werde die Wartezeit gegen Null reduziert. Von daher sei es eine falsche Investition gewesen, die zentrale Bürgerberatung mit einem riesigen Wartebereich auszubauen. Nach dem Vorbild der Städte Karlsruhe, Düsseldorf und Bonn schlage ihre Gruppe mit dem Antrag vor, eine Zustellung der Ausweispapiere durch Kurierdienste einzuführen. Die Bürgerinnen und Bürger könnten dann bei Beantragung der Ausweise einen entsprechenden Auftrag erteilen; das zu entrichtende Entgelt werde von der Bürgerberatung an den Kurierdienst weitergeleitet. So könne mit relativ wenig Aufwand der Bürgerservice verbessert werden.

Herr Schatschneider (Fraktion Die Linke) kritisiert die Kürzung der wöchentlichen Öffnungszeiten von zum Teil 24 auf 6 Stunden, worunter insbesondere ältere Menschen, Mütter mit Kinderwagen und Bürgerinnen und Bürger mit Handicap zu leiden hätten. Wegen fehlender Sitzmöglichkeiten müssten die Besucherinnen und Besucher teilweise stehend warten und Berufstätige müssten sich einen Tag Urlaub nehmen, um Behördenangelegenheiten erledigen zu können. Seines Erachtens müssten Bürgerberatungen bis mindestens 18:00 Uhr geöffnet sein. Die vorgestellten Vorschläge seien nur eine „realitätsfremde Flickschusterei“ und Terminvereinbarungen lösten das Problem nicht. Gegen die Reduzierung der Öffnungszeiten spreche, dass Bielefeld einen historischen Höchststand an Einwohnerinnen und Einwohnern mit steigender Tendenz aufweise, der Anteil der Menschen mit erhöhtem Beratungsbedarf deutlich gestiegen sei, die Menschen die verkürzten Öffnungszeiten nicht wollten, alle betroffenen Bezirksvertretungen sich gegen die Veränderung ausgesprochen hätten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unzumutbaren Arbeitsbelastungen ausgesetzt seien, die Klimaschutzziele gefährdet würden, die aktuellen Versorgungsangebote den Bedarfen nicht gerecht würden und durch den Gesamtbedarf, die die Veränderungen verursachten, es letztlich keine Einsparung gebe. Somit gebe es bei den Kürzungen der Öffnungszeiten keinen einzigen positiven Aspekt und nur Nachteile für die Betroffenen. Seine Fraktion bitte den Oberbürgermeister daher, die ehemaligen Öffnungszeiten wieder einzuführen. Für den Antrag seiner Fraktion beantragt er geheime Abstimmung.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erinnert daran, dass die Einsparungen bei den Bürgerberatungen auf einen Haushaltskonsolidierungsbeschluss der Politik zurückgingen. Zwar sei das Online-Angebot noch nicht zufriedenstellend und auch eine mobile Beratung wäre noch zu prüfen, seine Fraktion stehe aber zu dem Beschluss und nehme die Vorlage zur Kenntnis. Dem Antrag der FDP-Gruppe könne zu Ziffer 1 (Konzept Zustellung per Fahrradkurier) zugestimmt werden. Die Ziffern 2 und 3 lehne seine Fraktion jedoch ab, da sie zu detailliert und im Rahmen des Konzeptes zu prüfen seien. Sollte die FDP-Gruppe seinem Vorschlag nicht folgen, beantrage er getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 3 des Antrages. Den Antrag der Fraktion Die Linke lehne seine Fraktion ab.

Herr Rüscher (BfB-Fraktion) macht deutlich, dass es besser gewesen wäre, die Öffnungszeiten erst zu reduzieren, wenn auch der Bedarf zurückgegangen sei. Von daher unterstütze seine Fraktion den Antrag der Fraktion Die Linke. Der Antrag der FDP-Gruppe sei zwar innovativ, jedoch könne seine Fraktion ihm nicht komplett folgen, da die Vorgabe, selbst mit dem Kurierdienst abzurechnen, zu konkret sei und hier auch einen beliebig andere Kurierdienst beauftragt werden könne.

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Gruppe) stimmt zu, sich bei ihrem Antrag zunächst auf die Ziffer 1 zu beschränken. Auch die Anregung von Herrn Werner, das Konzept dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorzulegen, sei in Ordnung. Da die Online-Angebote nicht so zügig - wie erwartet - realisiert würden und nach wie vor lange Wartezeiten bestünden, halte ihre Gruppe es für sinnvoll, zunächst wieder zu dem alten Stand der Öffnungszeiten zurückzukehren. Insofern unterstütze ihre Gruppe auch den Antrag der Fraktion Die Linke.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion die Idee der FDP-Gruppe, einen Fahrradkurier einzusetzen, als gut befinde. Er bitte jedoch darum, die rechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Hinsichtlich der Vorwürfe, der Informatik-Betrieb Bielefeld habe nicht schnell genug gearbeitet, erwidert er, dass der Betrieb mit zusätzlichem Personal auch mehr Projekte hätte in Angriff nehmen können. Außerdem seien auch technische Problemstellungen zu beachten.

Herr Werner (CDU-Fraktion) schlägt vor, die gute Idee der FDP-Gruppe aufzunehmen und Ziffer 1 des Antrages mit dem Zusatz „ und legt das Konzept dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zur Beschlussfassung vor“ zu beschließen. Die Ziffern 2 und 3 des Antrages sollten als Eckpunkte der der Konzepterarbeitung berücksichtigt werden.

Herr Gugat (Gruppe Bürgernähe/Piraten) schließt sich dem Vorschlag von Herrn Werner an. Er macht darauf aufmerksam, dass in Bonn nicht mit dem Fahrradkurier, sondern mit der Verwaltung abgerechnet werde. Seine Gruppe nehme die Vorlage zur Kenntnis und werde den Antrag der Fraktion Die Linke ablehnen.

Herr Sternbacher (SPD-Fraktion, Bezirksbürgermeister Stadtbezirk Heepen) berichtet, dass die Bezirksvertretung Heepen die Bemühungen der Verwaltung, ein neues Konzept zu entwickeln, begrüße. Er sei dankbar, die die ursprüngliche Überlegung, Außenstellen zu schließen, die nur mit einer Person besetzt seien, nicht weiter verfolgt werde. Das Problem der Wartezeiten könne mit einem Terminvergabesystem gelöst werden, aber auch nur, wenn die Bürgerin/der Bürger zeitnah einen Termin erhalten würde. Erst wenn das System im Einsatz sei, könne beurteilt werden, wo und wieviel Personal benötigt werde. Sollte dann weiteres Personal erforderlich sein, bitte seine Fraktion den Oberbürgermeister, dieses Personal zur Verfügung zu stellen, um zu akzeptablen Wartezeiten zu kommen. Dem Antrag der FDP-Gruppe sollte - wie von Herrn Werner vorgeschlagen - gefolgt werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Die Linke, geheim abzustimmen und informiert, dass dem nur gefolgt werden könne, wenn 1/5 der anwesenden Ratsmitglieder zustimmen würden.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Die Linke:

Über den Antrag der Fraktion Die Linke ist geheim abzustimmen.

- bei 5 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann lässt Herr Oberbürgermeister Clausen über den modifizierten Antrag der FDP-Gruppe abstimmen (s. Beschluss).

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke vom 07.06.2018:

Der Rat der Stadt Bielefeld bittet Oberbürgermeister Clausen um die Wiedereinführung der alten Öffnungszeiten in der Bürgerberatung.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Beschluss:

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept für einen Kurierservice der Bürgerberatung, mit dem Ziel, dass anstatt beantragte Ausweisdokumente selbst abholen zu müssen, Bürgerinnen und Bürger die Zustellung per Fahrradkurier beauftragen können. Das Konzept wird dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-